

Italienische Bauarbeiter in der Schweiz. Das Land verdankt seine wirtschaftliche Blüte nicht zuletzt den Gastarbeitern

„Was Seine Leiche“

Gespräch mit Norbert Jankowski

Von unserem Redaktionsmitglied Ursula Weiner

Hamburg, 12. Juli
„In einem studentischen Dachverband müssen alle politischen Meinungen zu Wort kommen. Man kann nicht nur eine Richtung vertreten. Die Auffassung hat Norbert Jankowski, Vorsitzender der jetzt gegründeten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften“ (ADS) dem Hamburger Abendblatt gegenüber geäußert. Der 23jährige Student der Politischen Wissenschaft an der Hamburger Universität gehört selbst keiner politischen Partei an. Von August 1967 bis Januar 1969 war Jankowski ADS-Vorsitzender. Zu Beginn dieses Jahres wurde er linksintendentes neues ASA in die Opposition gedrängt. Dem Hamburger Abendblatt befragte Norbert Jankowski zu aktuellen Fragen studentischer Politik.

H. A.: Wie ist das Verhältnis der neu gegründeten ADS (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften) zum VDS (Verband Deutscher Studentenschaften)?

Jankowski: Der VDS ist für den ADS eine „Leiche“, denn von studentischer Politik auf Bundesebene ist nichts zu spüren. Es gibt eine Koordination der Studentenschaft mehr. Ein großer Teil der Studenten fühlt sich in seinen Beziehungen durch den VDS nicht mehr vertreten. Die Arbeit wird von der deutschen Politik auf Bundesebene ausüben, das durch das Ausstellen des VDS entstanden ist.

H. A.: Welche Politik verfolgt der neue Verband?
Jankowski: Wir wollen die Studentenschaft als Zwangsorganisation beibehalten. Wir sind gegen die Ratifizierung des Staatsvertrages zum Quotenrecht. Wir fordern ein Amnestiegesetz zur Beendigung der zahllosen Studentenprozesse, damit die Ausländer in den Hochschulen über eine Neuformulierung der Hochschul- und Bildungspolitik sachlich und frei von emotionalen Gefühlen beraten werden können. Wir möchten, daß die Studentenschaft am Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes sowie des Hochschulgesetzes an den Diskussionen auf Bundesebene beteiligt wird. Wir verfolgen eine realistische Haltung an stielte aktivistischer Happenings.

H. A.: Wie viele Studenten sind nicht mehr im VDS vertreten?
Jankowski: Rund 110 000, das ist etwa ein Drittel.

H. A.: Wie viele Studenten gehören der ADS an?
Jankowski: Etwa 70 000.

H. A.: Wo liegen Ihre Arbeits-Schwerpunkte?
Jankowski: In den Universitäten, die aus dem VDS ausgetreten sind, und in Studenten, in denen sich die „linke Bewegung“ wieder manifestiert hat.

H. A.: Also auch in Hamburg?
Jankowski: Ja. Der Werferlof der ADS ist in Hamburg. Die Gruppen gehören den Studenten bei den letzten Parlamenten wählen lassen auch in Hamburg. Wir sind in der Lage, die Situation zu erkennen. Weg von den von SDS getragenen ASA!

H. A.: Was werden Sie mit Bundespräsident Gustav Heinemann sprechen?
Jankowski: Ich denke, bald. Wir nehmen sein Angebot an, mit ihm Studenten reden zu wollen. Wir möchten mit ihm über die Ursachen der Unruhe an den Universitäten und über die Frage der Amnestie für Studenten verhandeln. Wir möchten, daß die Amnestie für Demonstranten vorgeschlagen.

H. A.: Herr Jankowski, wie beurteilen Sie die studentische Politik in Hamburg?

die zur Zeit von einem „linken“ ASA gemacht wird?
Jankowski: Es scheint völlige Konzeptionslosigkeit zu herrschen. Das ganze Semester über hat der ASA politisch nichts unternommen, weil er wohl erst die Wahlen zum Studentenparlament abwarten wollte. Danach hat er dann die Studenten mit Aktionen gegen die Zwischensprüfungen geradezu überfallen, ohne auftretende Fragen inhaltlich zu durchleuchten. Mir scheint, als wolle der ASA mit den letzten Aktionen beweisen, daß er noch da ist und der Sommer wieder verschlafen hat.

H. A.: Werden Sie in der ADS für „Ruhe“ an den Universitäten sorgen?
Jankowski: Ruhe an den Universitäten schaffen wir nicht. Wir wollen die reformerische Mitte stärken. Wir bieten Professoren, Politikern und Studenten Anreize an. Wir wollen mit allen Politikern, die geneigt sind, sich mit der Studentenschaft ernsthaft auseinanderzusetzen, über eine Neuformulierung der Bildungs- und Hochschulpolitik

H. A.: Wie sehen Sie die Situation der Studenten in Hamburg?
Jankowski: Ich sehe sie als eine Situation der Krise an. Die Studenten sind in der Lage, die Situation zu erkennen. Weg von den von SDS getragenen ASA!

H. A.: Wie sehen Sie die Situation der Studenten in Hamburg?
Jankowski: Ich sehe sie als eine Situation der Krise an. Die Studenten sind in der Lage, die Situation zu erkennen. Weg von den von SDS getragenen ASA!

H. A.: Wie sehen Sie die Situation der Studenten in Hamburg?
Jankowski: Ich sehe sie als eine Situation der Krise an. Die Studenten sind in der Lage, die Situation zu erkennen. Weg von den von SDS getragenen ASA!

Die Eidgenossen auf den Sturm Nationalrat will Gastarbeiter abschieben

Eigener Bericht

Zürich, 12. Juli

Jeder fünfte in der Schweiz lebende Bürger ist ein Ausländer. Gegen diese „Überfremdung“ glaubt der Nationalrat Schwarzenbach vorgehen zu müssen. Über 70 000 Unterschriften hat das Ziel es, die Ausländer wieder über die Grenze abzuschleppen. Die Eidgenossen laufen gegen seine Aktion Sturm.

„Jede Arbeit, die in der Schweiz geleistet wird, soll in erster Linie von Schweizern geleistet werden“, ist in der Produktion oder in der Dienstleistung“, verlangt Nationalrat Dr. phil. James Schwarzenbach. In den letzten Wahlen war er als Kandidat in die Eidgenössische Volkskammer eingezogen. In der Schweiz gilt er heute als Fremdenassessor Nummer 1. Dagegen James Schwarzenbach selber in einem Interview: „Ich bin nicht xenophob“ (fremdenfeindlich, Die BZ).

Schwarzenbach was, der im Mai vorigen Jahres eine Volksinitiative der „Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat“ lancierte. Seither sammelt er emsig Unterschriften. In zwölf Monaten brachte er 71 772 zusammen. 40 000 Unterschriften wären nur erforderlich gewesen. In der Schweiz leben neben den 6,1 Millionen Schweizern 907 000 Ausländer. Die Italiener rangieren mit 57,3 Prozent an erster Stelle, gefolgt von 12,6 Prozent Deutschen, 8,1 Prozent Spaniern, 5 Prozent Franzosen und 4,6 Prozent Österreichern. Mit ihrem enormen Ausländeranteil steht die Schweiz in Europa an der Spitze.

Der Zürcher Geschichtsprofessor J. R. von Salis vergleicht die Situation der Schweiz mit der der Bundesrepublik: „Westdeutschland verdankt sein Wirtschaftswunder seinen zehn Millionen Flüchtlingen und ausländischen Gastarbeitern. Wir dagegen verdanken das unseren Fremdarbeitern. Von ihnen stammen viele Schweizer ab, die ihre Bodenständigkeit viel zugute haben.“

„Wer es gibt Leute genug, denen das Fremdarbeiterproblem schlaflose Nächte bereitet. Schon im Jahr 1965 kam es zu einer ersten Volksinitiative der Zürcher Demokraten, die einen Abbau des Fremdarbeiterbestandes auf zehn Prozent der Gesamtbevölkerung (einschließlich Ausländer) forderten. Sie brachte 59 000 Unterschriften zusammen, wurde jedoch vom Bundesrat scharf kritisiert. Daraufhin mußten sie im März 1968 ihre Initiative zurückziehen.“

Nationalrat Schwarzenbach verfolgte diese Niederlage mit Unbehagen. Schon vorher drohte er: „Sollten die Zürcher Demokraten in einem Anfall von Schwäche das Schweizer Volk über die Gastarbeiter, den werden wir es ergreifen und den begonnenen Kampf mit allen Kräften bis zum bitteren Ende weiterzuführen.“

Also nahm er zwei Monate nach der eindeutigen Abfuhr der ersten Initiative der Eidgenossen Schwärze auf. In der Initiative Nummer 2. Sie sieht noch schärfere und rigorosere Maßnahmen gegen die Überfremdung vor. Neben dem Verbot verlangt auch eine Reduktion auf zehn Prozent der Bevölkerung, aber wohlgekannt nur der Schweizer und nicht der Gesamtbevölkerung. Hatte man beim Erfolg der ersten Initiative 200 000 Ausländer abschieben müssen, so werden es jetzt 400 000 bis 450 000 sein.

Großzügig machte der Herr Nationalrat indes einige Vorbehalte. So sollen die Schweizer dürfen bleiben: Saisonarbeiter, ohne Familie für neun Monate, Grenzgänger, Studenten, Schüler, Angehörige der internationalen Organisationen wie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen, Wissenschaftler und Künstler, sofern sie qualifiziert sind. Auch dem Pflege- und Spitalpersonal, den Touristen sowie Kranken und Ecchtholbedürftigen ist er wohlgesonnen. Denn um Geld ins Land zu bringen, sind ihm sogar die Ausländer gut genug.

Ausländer, in der Bekleidungsindustrie 40,5 Prozent. Die Textilindustrie bekommt praktisch keine Schweizer Arbeiter mehr“, hielt ein Interviewer Herrn Schwarzenbach. „Dann soll sie schließen“, antwortete er kurz und bündig.

Das Gastgewerbe hat selbiger viele Ausländer beschäftigt. Schon 1910 waren 40 Prozent aller Angestellten Ausländer; heute erreicht der Ausländeranteil in der Hochalpen 80 Prozent. Innerhalb ist das Gastgewerbe einer der Hauptträger des Fremdenverkehrs, der jährlich drei Milliarden Franken in die Schweiz bringt. Was aber soll aus den Hotels und Restaurants werden, wenn sie jeden zweiten Ausländer entlassen müssen? Die Zürcher Wirte drohen mit Streik. Sieben Hotels und Restaurants in Nyon bei Gené haben schon den ersten Warnschuß abgegeben: Für einen Tag verriegelten sie ihre Türen.

Herrn Schwarzenbach schreckt das allein nicht. Er hofft vielmehr, daß die Schweizer bereit sind, für ihre „Freiheit und Unabhängigkeit“, wie er es nennt, auf 20 bis 30 Prozent ihres Einkommens zu verzichten. Er will seinen Kindern und Enkeln keine Schweiz übergeben, in der überwiegend Italienisch und spanisch gesprochen wird. Zester Schritt zu einem Naturschutz Schweiz oder lediglich nationale Oberbehörden?

Schwarzenbach ist auf dem besten Wege, die Fremdarbeiterfrage zu einem schweizerischen Negerproblem zu machen. Er vergißt dabei, daß die Schweiz keineswegs auf eine einheitliche Rasse oder Sprache aufgebaut ist, sondern daß sie seit Urzeiten ein Schmelztiegel für Völker verschiedener Herkunft war, die sich gemeinsam ihre Freiheit und ihre Eigenart aufbauten. Die Schweiz hat in vielen Jahrhunderten bewiesen, daß sie durchaus in der Lage ist, Fremde aufzunehmen und zu guten Bürgern ihres Landes zu machen.

Inzwischen war auch der Bundesrat nicht untätig. Im Februar 1968 vergütete er eine Herabsetzung des Fremdarbeiterbestandes um drei Prozent und

in diesem Zuge drohte Schwarzenbach der Genfer Zeitung „ Tribune de Genève“ mit einer Strafklage wegen „wiltiger falscher Beschuldigungen“. Die Zeitung hatte ihn beschuldigt, in dem Jahre 1930 bis 1940 einer der feurigsten

Protagonisten der nazistischen Ideologie gewesen zu sein und zu den Rechtsextremisten gehört zu haben, die von Hitler verschont geblieben waren, wenn er den Krieg gewonnen hätte.

Aber so viele Vorwürfe man Schwarzenbach auch macht oder machen kann — es tristet nicht über die Tatsachen hinweg. Er hat 71 772 Unterschriften mit ihm in den Kampfruf „Ausländer raus“ einstimmen. Sie lassen sich nur von ihrem persönlichen Ressentiment gegen die Fremden leiten und denken dabei nicht an die Katastrophe, der die schweizerische Wirtschaft ungewiß entgegensteuern würde, wenn Schwarzenbachs Aktion bei einer Volksstimmung den Sieg davontrüge. IRMGARD LOCHER

Josef Quintus hofft auf dritten Prozeß Mitbürger fordern Begnadigung

Von unseren Redaktionsmitgliedern

Dr. Hildegard Danrow

Hamburg, 12. Juli
Der Fall Josef Quintus, der zum zweiten Male wegen Giftmordes an seiner Frau vor dem Schwurgericht stand, und anderer Verurteilungen, hat die Hamburger Bevölkerung in der Frage der Wiederaufnahmeverfahren erheischlich mehr beunruhigt als je zuvor.

„Der Kampf um die Unschuld von Quintus geht weiter“, erklärt war sein unermüdlicher Verteidiger Dr. Michael Wiltenstein, der seit Ende 1968 keine Mühe scheute, die Revision zu erwirken. Die Chance bei Gericht zu geben. Aber es sieht so aus, als werde das „Lebenslang“ nur ein Prozeß.

„Der Kampf um die Unschuld von Quintus geht weiter“, erklärt war sein unermüdlicher Verteidiger Dr. Michael Wiltenstein, der seit Ende 1968 keine Mühe scheute, die Revision zu erwirken. Die Chance bei Gericht zu geben. Aber es sieht so aus, als werde das „Lebenslang“ nur ein Prozeß.

„Der Kampf um die Unschuld von Quintus geht weiter“, erklärt war sein unermüdlicher Verteidiger Dr. Michael Wiltenstein, der seit Ende 1968 keine Mühe scheute, die Revision zu erwirken. Die Chance bei Gericht zu geben. Aber es sieht so aus, als werde das „Lebenslang“ nur ein Prozeß.

„Der Kampf um die Unschuld von Quintus geht weiter“, erklärt war sein unermüdlicher Verteidiger Dr. Michael Wiltenstein, der seit Ende 1968 keine Mühe scheute, die Revision zu erwirken. Die Chance bei Gericht zu geben. Aber es sieht so aus, als werde das „Lebenslang“ nur ein Prozeß.

„Der Kampf um die Unschuld von Quintus geht weiter“, erklärt war sein unermüdlicher Verteidiger Dr. Michael Wiltenstein, der seit Ende 1968 keine Mühe scheute, die Revision zu erwirken. Die Chance bei Gericht zu geben. Aber es sieht so aus, als werde das „Lebenslang“ nur ein Prozeß.

„Der Kampf um die Unschuld von Quintus geht weiter“, erklärt war sein unermüdlicher Verteidiger Dr. Michael Wiltenstein, der seit Ende 1968 keine Mühe scheute, die Revision zu erwirken. Die Chance bei Gericht zu geben. Aber es sieht so aus, als werde das „Lebenslang“ nur ein Prozeß.

Indira Gandhi vor Kraftprobe Deutsche Presse-Agentur

Neu-Delhi, 12. Juli

Die schweizerische Krise ist möglicherweise zur Spaltung der regierenden Kongresspartei führend kam, hat die indische Premierministerin Frau Indira Gandhi, mit ihrem Vorschlag die Banken zu verstaatlichen, ausgelöst. In Neu-Delhi spricht man heute davon, daß die Kraftprobe zum Scheitern des Finanzministers Datta oder zu ihrem eigenen Rücktritt führen könnte.

Die Banken „Tagen hatte Frau Gandhi vor den Augen der Verstaatlichung von Banken angeregt. Datt hingegen fordert nachdrücklich, daß dem System der sozialen Kontrolle über Banken eine zweijährige Grace gegeben werden soll, sich zu bewahren.

Der einflußreiche Kongreßführer P. I. Bhandari an: Eine Verstaatlichung könnte zu einer Spaltung der Partei führen. Eine Entscheidung über die Maßnahme wird in den nächsten 48 Stunden erwartet.

Paris für engere Zusammenarbeit mit Bonn Deutsche Presse-Agentur

Paris, 12. Juli

Für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik plädiert ein französischer Finanzminister Giscard d'Estaing.

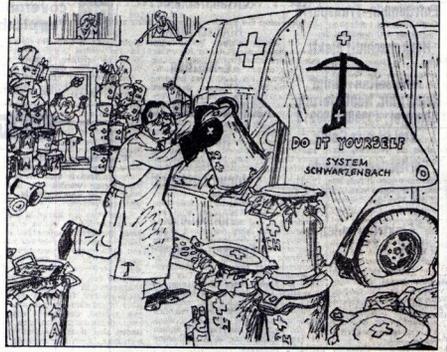
Der Minister sprach sich für größere französische Anstrengungen zum Abbau des wachsenden Handelsbilanz-Defizits in Warenverkehr mit dem deutschen Partner aus. Er forderte die Industrie seines Landes auf, sich auf ein ähnlich hohes Niveau zu bringen wie die deutsche.

Prag: Massenauftritte aus der Partei Associated Press

Prag, 12. Juni

Entriistet berichtete das tschechoslowakische KP-Organ „Rude Pravo“ über Massenauftritte aus der kommunistischen Partei in Nord- und Südböhmen. Die Auftritte sind eine Schwächung von Partei und Regierung. Die Auftritte sind eine Schwächung von Partei und Regierung. Die Auftritte sind eine Schwächung von Partei und Regierung.

Hamburger Abendblatt



Diese Karikatur trifft: Die meisten Schweizer sind gegen Schwarzenbachs Programm

Königliche eine weilere von nochmals zwei Prozent an. Doch das sollte genügen. Bundesrat Schaffner erklärte dazu kürzlich: Die Schweiz sei auch künftig auf beträchtliche Ausländerleistung angewiesen. Ohne sie könne das Land nicht „funktionieren“. Schaffner fuhr fort: „Der Schweizer ist ein reichlicher Mann in einer Villa, der sich bedienen lassen will. Aber eines Tages wird er plötzlich schmerzhaft, jagt seine Chauffeur fort und wirft das Dienstmädchen zum Fenster hinaus.“ In der Tat wäre es ein verheerender Schlag für die gesamte schweizerische Wirtschaft, wenn die Hälfte der Fremdarbeiter heimreisen müßte. In der Textilindustrie arbeiten etwa 46,1 Prozent